Kommunen finanziell gut aufgestellt

Studie Die Städte, Gemeinden und Landkreise im Südwesten nehmen mehr ein als sie ausgeben.

Gütersloh/Stuttgart. Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg haben trotz stark steigender Ausgaben im vergangenen Jahr 1,1 Milliarden Euro mehr eingenommen als ausgegeben – so viel wie in keinem anderen Bundesland. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung hervor, der am Mittwoch veröffentlicht wurde.

Ein Grund für die gute Finanzlage der Kommunen ist demnach die starke Wirtschaft im Südwesten, die hohe Steuereinnahmen bescherte. So nahmen Städte, Gemeinden und Landkreise im vergangenen Jahr 19,4 Milliarden Euro aus der Gewerbe-, der Einkommens- und der Grundsteuer ein. Laut Bertelsmann-Stiftung ein Plus von 24 Prozent im Vergleich zu vor fünf Jahren. Damit liegt Baden-Württemberg im Bundesvergleich und auf die Einwohnerzahl gerechnet an Platz drei, hinter Hessen und Bayern.

Allerdings fallen die Einnahmen regional unterschiedlich aus. Laut Finanzreport erzielten die Städte Ulm und Stuttgart pro Einwohner doppelt so viele Steuereinnahmen wie die Gemeinden im Landkreis Calw oder im Neckar-Odenwald-Kreis. Die Unterschiede seien aber nicht so groß wie im Nachbarland Bayern, schreiben die Autoren der Studie, die alle zwei Jahre veröffentlicht wird.

Im bundesweiten Vergleich haben die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg auch hohe Finanzpolster angespart. Dem Bericht zufolge stiegen die Rücklagen der Kommunen auf über 13 Milliarden Euro an. Kassenkredite, quasi die Dispo-Kredite der

> Einnahmen regional sehr unterschiedlich.

Kommunen, sind den Studienautoren zufolge im Südwesten kein Thema. Zugleich seien die kommunalen Investitionen im vergangenen Jahr auf ein Rekordhoch von 6,5 Milliarden Euro gestiegen.

Wegen der vielen Aufgaben beim Umbau der Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit hatten die Gemeinden im Land erst kürzlich einen größeren Anteil am Steuerkuchen gefordert. „Wir müssen noch mal über die regulären Verteilmechanismen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sprechen“, sagte Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg. Den Umbau der Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit und weniger CO_2-Emissionen müssten vor allem Städte und Gemeinden schultern, sagte Jäger. Er fordert deswegen, dass mehr Einnahmen des Staates an die Gemeinden fließen müssten. *dpa*

Ruhe vor dem Start: Am Montag beginnt in Baden-Württemberg die Schule wieder. *Foto: Bernd Weißbrod/dpa*

Lässt der Lehrermangel nach?

Bildung Kultusministerin Theresa Schopper stimmt auf das neue Schuljahr ein. Mal wieder bleiben hunderte Lehrerstellen unbesetzt, aber die Zahlen bessern sich. *Von Axel Habermehl*

Im Medienzentrum des Landtags, einem fensterlosen Bunker unter dem Parlamentsgebäude in Stuttgart, ist einiges los. Viele Reporter und Gäste sind an diesem Mittwochvormittag gekommen. Kein Wunder: Der Termin ist eine Institution. Kurz vor Ende der Sommerferien erstattet die Kultusministerin immer Bericht: Wie ist die Lage an den Schulen, welche Neuerungen stehen an? Seit Jahren geht es hier im Grunde um eine Zahl: die der offenen Lehrerstellen. Wie groß ist der Lehrermangel? Wie viel Unterricht wird wohl ausfallen?

Gute Nachrichten gibt es seit Jahren nicht zu verkünden. Hunderte Stellen unbesetzt – diese Schlagzeile passte zuletzt immer. Mal ein paar weniger, meist ein paar mehr. Erst Susanne Eisenmann (CDU) und seit 2021 Theresa Schopper (Grüne) machten ernste Miene zum traurigen Spiel und zählten Notmaßnahmen auf: Pensionäre reaktiviert, an Teilzeitlehrer appelliert, Versetzungen in Mangelregionen angedroht. Jedenfalls – leider, leider – wird es knapp mit der Unterrichtsversorgung.

Diesmal ist es ein bisschen anders. Schoppers Zahlen zeigen nach oben – und zwar deutlich. 890 offene Stellen waren es Ende August 2022, nun sind es 565. Vor allem an Grundschulen – seit Jahren Hotspots des Mangels – wird die Lage offenbar langsam besser. 365 offene Stellen hatte Schopper voriges Jahr, nun 120. Laut Ministerium eine Folge der Erhöhung von Studienplätzen im Jahr 2017.

Immer noch ein Defizit, kein Grund zum Feiern, das weiß Schopper, aber es reicht ihr, um in die Offensive zu gehen. Ihr werde von Lehrerverbänden und Medien zu oft das Bild gezeichnet: „Wir haben einen Hausmeister, der sperrt in der Früh auf und am Nachmittag sperrt er zu, und bis dahin haben wir niemanden drin“, grantelt die Wahl-Münchnerin.

Nach ihrer persönlichen Zwischenbilanz befragt, schließlich ist gerade Halbzeit der Legislatur, zählt sie ohne Zögern ein halbes Dutzend Punkte auf und stellt fest: „Ich habe jetzt nicht jeden Tag das Gefühl, dass ich am Abend ein Glas Wein trinken muss, damit ich gut schlafen kann.“

Bei der Vorstellung der Neuigkeiten und Schwerpunkte zum anstehenden Schuljahr zählt sie Maßnahmen auf, die sich in ihre auch in den vergangenen Monaten vorangetriebenen bildungspolitischen Schwerpunkte einfügen lassen. Sie beginnt mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit: Dieser Punkt sei ihr besonders wichtig, sagt Schopper. Viele Studien weisen nach, dass der Bildungserfolg eines Kindes extrem von seinem familiären Hintergrund abhängt. Um das aufzubrechen, stellen in dieser Hinsicht erfolgreiche Bildungssysteme Schulen mit vielen sozial schwächeren Schülern mehr Personal und Geld zur Verfügung. Soweit ist man im Land noch nicht, doch nun startet offiziell ein Modell-

> Schwerpunkte Schoppers sind Bildungsgerechtigkeit und die Qualität des Unterrichts.

versuch, in dem die Schulämter Lörrach, Biberach und Tübingen sowie die Städte Mannheim, Pforzheim, Stuttgart, Singen/Hohentwiel und Heilbronn bestimmten Schulen, die anhand eines eigens entwickelten Sozialindex identifiziert wurden, mehr Ressourcen zuweisen.

Vor allem sollen mehr „helping hands“, wie Schopper es nennt, an diese Schulen kommen, um dort „multiprofessionelle Teams“ zu bilden. Zwar geht es bisher um relativ wenige Leute und geringe Beträge, wie die Opposition festzustellen nicht müde wird. Schopper sagt, es sei „ein Einstieg“. Einen Schritt weiter ist sie bei ihrem zweiten Schwerpunkt: Unterrichtsqualität. Hier wird nun die „datengestützte Qualitätsentwicklung“ vorangetrieben. Nach Industriestandard sollen die Prozesse im Schulsystem optimiert werden – ein von Eisenmann eingeschlagener Weg, den Schopper fortsetzt.

So gibt es kommendes Jahr normierte „Schuldatenblätter“ für jede Schule, die Informationen zu Schülerschaft, Lehrern und Leistungen enthalten. Das soll Vergleichbarkeit ermöglichen: Was funktioniert, was nicht, wo hakt etwas? Diskutiert werden soll das dann bei „Statusgesprächen“ zwischen Schulamt und Rektorat anhand von Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Es gebe „erstmalig ein landesweit gemeinsames Verständnis von Schulqualität“ sagt Schopper stolz. Doch Qualität, darauf weisen Lehrerverbände und Opposition bald hin, setze voraus, dass der Unterricht stattfindet.

Schon am Tag zuvor saß Monika Stein, Landeschefin der Gewerkschaft GEW, auf dem Stuhl, auf dem jetzt Schopper sitzt, und hielt flammende Appelle, wegen des Lehrermangels mehr Studenten zuzulassen. Auch andere Verbände und die Bildungsexperten von SPD, FDP und AfD nehmen Schopper wenig später mit kritischen Stellungnahmen ins Visier.

Wie sich die Lage entwickelt, ob es wirklich langsam besser wird, oder ob der Lehrermangel weiter flächendeckend zu Unterrichtsausfall führt, wird man bald sehen. Schopper hat angekündigt, nach jahrelanger Pause die Ausfallquoten wieder an Stichtagen landesweit zu erheben.

Neue Vergleichstests

Um mehr Steuerungswissen zu generieren, sollen Grundschüler ab dem Schuljahr 2023/24 zwei weitere standardisierte Leistungskontrollen schreiben. Vorerst auf freiwilliger Basis werden die Kinder landesweit bei „Lernstand 2“ (Zweitklässler) und Kompass 4 (Viertklässler) getestet. In Klasse drei finden bereits verpflichtend die Vergleichsarbeiten „Vera 3“ statt. „Lernstand 2“ soll helfen, zur Grundschul-Halbzeit Defizite zu erkennen. Die Ergebnisse von „Kompass 4“ sollen bei der Wahl der passenden weiterführenden Schule helfen.

FDP trauert um frühere Politikerin

Nachruf Ehemalige Justizministerin und Integrationsbeauftragte Werwigk-Hertneck stirbt im Alter von 70 Jahren.

Stuttgart. Die frühere baden-württembergische Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck (FDP) ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Dies teilte FDP-Landeschef Michael Theurer am Mittwoch mit. Die Anwältin war von 2002 bis 2004 Justizministerin und zugleich Integrationsbeauftragte der Landesregierung.

Theurer sagte, Werwigk-Hertneck habe sich um einen starken, funktionsfähigen Rechtsstaat verdient gemacht, der die Freiheits- und Bürgerrechte durchsetze. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke nannte die Verstorbene „eine verdienstvolle, engagierte und kompetente Kämpferin“ für den liberalen Rechtsstaat.

Werwigk-Hertneck musste Ende Juli 2004 zurücktreten. Hintergrund war ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verletzung von Dienstgeheimnis-

Corinna Werwigk-Hertneck im Jahr 2007. *Foto: Marijan Murat/dpa*

sen. Deshalb wurde sie später zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Das Gericht war damals überzeugt, dass sie ihrem Parteifreund Walter Döring Einzelheiten aus Ermittlungen in der sogenannten Umfrageaffäre mitgeteilt hatte. Bei der Affäre ging es um die ungeklärte Finanzierung einer Umfrage zur Wirtschaftspolitik Dörings. *dpa*

Flüchtlinge verteilen

Migration Deutlich mehr unbegleitete Minderjährige im Land registriert.

Stuttgart. Weil die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA), die nach Baden-Württemberg flüchten, in den vergangenen Wochen deutlich angestiegen ist, werden die jungen Flüchtlinge ab sofort auf andere Bundesländer verteilt. Das berichtet die „Schwäbische Zeitung“ unter Berufung auf einen Brief des Sozialministeriums an die Behörden im Land.

Ende August waren in Baden-Württemberg 4500 der sogenannten UMA untergebracht. Dem Zeitungsbericht zufolge hat das Land damit im Vergleich zu anderen Bundesländern mehr junge Flüchtlinge aufgenommen als es dem Verteilschlüssel nach müsste. Aus diesem Grund, und um die Jugendämter zu entlasten, würden die jungen Flüchtlinge ab sofort auf andere Bundesländer verteilt. *dpa*

FAHR MAL HIN

Eine Revolution in der Ackerböden-Bearbeitung demonstriert der Hohenheimer Feldtag an diesem Sonntag. Am Standort Filderhauptstraße 179 des Deutschen Landwirtschaftsmuseums und im angrenzenden Heidfeldhof wird „Dampfpflügen wie vor 100 Jahren“ vorgeführt, teilt das Museum mit. Das Pflügen mit Dampfmaschinen habe ab 1850 eine Zeitenwende auf den Äckern eingeleitet: Zwölfmal schneller und doppelt so tief wie mit Tiergespannen konnte man mit den Geräten den Boden bearbeiten. Als Begleitprogramm gibt es am Sonntag unter anderem eine Bauernhofrallye und Kinderspiele: http://www.dlm-hohenheim.de/willkommen/ *epd*

Unfall

Radlader kippt um, Mann stirbt

Aalen. Bei einem Unfall in Aalen ist ein Arbeiter gestorben. Der 58-Jährige war am Dienstag mit einem Radlader in einem abschüssigen und dicht bewachsenen Waldstück unterwegs, als er gegen 19.30 Uhr nahe einem Hang nach links vom Weg abkam. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, kippte in der Folge der Radlager, wodurch der Mann herausfiel und sich tödliche Verletzungen zuzog. Die genauen Unfallumstände waren am Mittwoch unklar. *dpa*

Die Lebenserwartung im Südwesten nimmt ab

Wiesbaden/Stuttgart. Der Rückgang der Lebenserwartung seit Beginn der Corona-Pandemie fällt in Baden-Württemberg geringer aus als im Rest Deutschlands. Laut aktuellen Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) sank die Lebenserwartung zwischen 2019 und 2022 hierzulande bei Männern um rund 0,3 Jahre auf 79,53 Jahre und bei Frauen um rund 0,5 Jahre auf 83,76 Jahre. Der Schnitt aller Länder liegt für Männer bei minus 0,8 Jahren und für Frauen bei minus 0,7, wie das Institut am Mittwoch in Wiesbaden berichtete. *dpa*

FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

Bei Frauen im Südwesten liegt die Lebenserwartung bei 83,76 Jahren.

Synagoge

Anklage nach Brandanschlag

Ulm/Stuttgart. Nach dem Brandanschlag auf eine Ulmer Synagoge vor zwei Jahren hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen einen 47-Jährigen erhoben. Aus mutmaßlich antisemitischer Motivation heraus soll der Mann am 5. Juni 2021 morgens Benzin entlang einer Wand der Synagoge verteilt und dieses mit einem Feuerzeug angezündet haben, wie die Anklagebehörde am Mittwoch in Stuttgart mitteilte. Durch das Feuer entstanden Brandflecken an der Fassade des Gebäudes. *dpa*